



Ettersburger Erklärung

Klarer Kurs für unsere Heimat

**Bürger entlasten, Wirtschaft unterstützen,
Bildung und soziale Sicherheit garantieren**

Deutschland und Thüringen stehen vor enormen Herausforderungen: Krieg, Energiekrise, Inflation und die damit einhergehende Wirtschafts- und Sozialkrise stellen unser Land vor eine enorme Belastungsprobe. Viele Thüringer können sich ihr alltägliches Leben nicht mehr leisten. Auch viele Unternehmen wissen nicht, wie sie die explodierenden Kosten noch verkraften sollen. Fehlende Fachkräfte und die demografische Entwicklung belasten unseren Arbeitsmarkt und unsere sozialen Sicherungssysteme zusätzlich. So kann es nicht weitergehen.

In dieser Situation muss Politik mit Entschlossenheit und Klarheit handeln. Es braucht eine Regierung, die die Krise bewältigt und die Weichen richtigstellt. Weder Bundes- noch Landesregierung werden dieser Aufgabe gerecht: Stattdessen sehen wir ein Zaudern und Zögern, schlechtes Krisenmanagement und eine völlig falsche Prioritätensetzung. Nicht nur gegenwärtig, sondern seit Jahren wird Thüringen unter Wert regiert. Die Ramelow-Regierung hat den Anspruch aufgegeben, Thüringen zum Spitzenland für Bürger und Unternehmen zu machen. Stillstand verwalten statt Zukunft gestalten ist das Motto. Um den Stillstand zu beenden, braucht es ein echtes Arbeitsjahr für Thüringen.

Thüringen braucht eine Regierung, die die Zukunftsthemen anpackt, die das Land wieder voranbringt und unseren Wohlstand sichert: Attraktive Standortbedingungen für Wirtschaft und Mittelstand, neues Wachstum und Gründungen, schnelle und digitale Verwaltung, beste Bedingungen für Familien, Jung und Alt, Mieter und Eigentümer, Gründer und Macher. Wir wollen ein Land, das seine Dörfer und kleinen Städte aufleben lässt, in dem für die Menschen in Stadt und Land gleichwertig gute Lebensverhältnisse herrschen und die Daseinsversorgung nicht an wenigen Orten zentralisiert wird, sondern von allen Einwohnern innerhalb von 20 Minuten erreicht werden kann. Wir wollen ein Land, in dem sich Leistung lohnt, dass sich zügig modernisiert und zugleich seine Kultur und Traditionen pflegt. Wir stehen für pragmatische Lösungen statt ideologischer Politik – für einen klaren Kurs für unsere Heimat Thüringen, das grüne Herz Deutschlands.

Klarer Kurs für starke Wirtschaft

Die Wirtschaft in Thüringen kommt nach dem Ende der Corona-Pandemie schlechter in Fahrt als in unseren Nachbarländern. Mit unter 2 % Wachstum bleibt Thüringen hinter Sachsen (3 %) und Sachsen-Anhalt (4,5 %) genauso zurück wie hinter Bayern (2,9 %) und Hessen (3,6 %). Besonders gravierend wirkt sich der Fachkräftemangel aus. So waren 2020 in Thüringen 42 % der ausgeschriebenen Fachkräftestellen unbesetzt, weit mehr als im Durchschnitt der neuen Länder und ganz Deutschlands. Hinzu kommen weitere Hemmnisse wie der mangelnde Fortschritt bei der Digitalisierung, die niedrige Investitionsquote und die fesselnde Bürokratie.

Das muss 2023 umgesetzt werden:

Gewinnung von Fachkräften priorisieren. Thüringen muss alle verfügbaren Arbeitskräfte aktivieren. Ziel muss es sein, mehr Menschen in Vollzeitarbeit zu bringen. Dabei müssen der Einstieg ins Arbeitsleben für junge Menschen erleichtert und Arbeitslose zur Arbeitsaufnahme motiviert werden. Ausbildungsberufe müssen attraktiver werden, auch indem der Aufstieg innerhalb beruflicher Karrieren erleichtert und unterstützt wird. Neben der Ausweitung des Meisterbonus sollten auch die Kosten der Meisterausbildung übernommen werden. Gründungen müssen erleichtert sowie die Gründungsförderung auch für Unternehmensnachfolgen zugänglich gemacht werden. Die CDU hat für diese Aufgaben im Landeshaushalt mehr Mittel durchgesetzt. Diese dürfen nicht erneut ungenutzt verfallen.

Arbeitsmarkt flexibilisieren. Wohlstand muss immer neu erarbeitet werden. Die Bürgergelddebatte hat gezeigt, dass die Bundes- und Landesregierung diese Tatsache gerne zugunsten einer vorbehaltlosen Umverteilung ignorieren. 2023 müssen endlich neue Impulse auf dem Arbeitsmarkt gesetzt werden, um wieder Produktivität und Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen. Das Arbeitsrecht muss so angepasst werden, dass es eine feste Wochenarbeitszeit gibt und Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr Flexibilität eingeräumt wird. Auch müssen die Regeln zur steuerlichen Behandlung von Überstunden so gestaltet werden, dass sich freiwillige Mehrarbeit lohnt.

Anwerbung ausländischer Fachkräfte vereinfachen. In vielen Bereichen werden wir den Fachkräftebedarf nur durch gezielte Anwerbung im Ausland decken können. In Thüringen dauert die Anerkennung ausländischer Abschlüsse viel zu lange. Diese Verfahren müssen beschleunigt und vorhandene Qualifikationen einfacher anerkannt werden. Die Unterstützung für die Unternehmen darf sich nicht länger nur auf die sprachliche Vorbereitung der Auszubildenden beschränken, denn vielfach ist die Unterstützung schon früher nötig, nämlich beim Suchen und Finden von geeigneten Bewerbern und dem oft komplizierten Procedere, die Fachkräfte ins Land zu bekommen.

Zentrale Anlaufstelle für Fachkräfteeinwanderung schaffen. Die Thüringer Unternehmen dürfen bei ihrer Suche nach qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland nicht länger allein gelassen werden. Die CDU fordert deshalb die Etablierung einer Thüringer Fachkräfte-Agentur, die die not-wendigen Prozesse beschleunigt. Diese zentrale Anlaufstelle soll als One-Stop-Agency durch alle notwendigen bürokratischen Schritte führen. Dazu gehören insbesondere Visa-Angelegenheiten, Anerkennungs- und das beschleunigte Fachkräfteverfahren. Statt Behörden-Hopping alles aus einer Hand! Die dafür benötigten Mittel hat die CDU bereits im Haushalt durchgesetzt, es ist an der Landesregierung, sie zu nutzen.

Steuerliche Anreize für Investitionen im Osten setzen. Ziel muss es sein, die Investitionsquote zu steigern und gezielt Anreize für Investitionen in automatisierte und digitalisierte Produktionsmethoden zu setzen. Entscheidend für eine Förderung muss die Steigerung von Produktivität und Löhnen sein. Mehr Anreize für Investitionen kann der Bund durch eine Reform der Abschreibungsregeln schaffen. Dabei sollten die steuerlichen Abschreibungen für Investitionsgüter beschleunigt und Bauen durch Sonderabschreibungen für energieeffizienten Wohn- und Gewerbebau attraktiver werden. Auch muss Mitteldeutschland zu einem Förderschwerpunkt bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten des Bundes werden.

Regulierung und Verwaltung verschlanken. Nur so wird der Staat wieder handlungsfähig. Die Behörden sollten der Wirtschaft als Partner zur Seite stehen, statt ihnen voller Misstrauen Steine in den Weg zu legen. Den Willen dazu hätte die Landesregierung durch eine echte Reform des Vergabegesetzes unter Beweis stellen können. Das 2022 vorgelegte Evaluierungsgutachten hat wesentliche Mängel aufgezeigt. Die CDU wird eine Novelle des Thüringer Vergaberechts vorlegen. Auf Bundesebene müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, Ostdeutschland zu einem Erprobungsraum für vereinfachte Regeln und Verfahren zu erklären.

Klarer Kurs für sichere und bezahlbare Energie

2022 war das Jahr, in dem Erdgas als Brückentechnologie in eine klimaneutrale Energiezukunft entfallen ist. 2023 muss das Jahr werden, in dem Thüringen auf einen ebenso ambitionierten wie realistischen Weg einschwenkt. Bürger und Unternehmen müssen gut durch die Energiekrise gebracht werden, während wir den langfristigen Umbau der Energieversorgung angehen. Hierzu braucht es kluge und innovative Ansätze, denn dem Weltklima ist nicht geholfen, wenn sich Produktion von Deutschland ins Ausland verlagert. Wir brauchen eine sichere Energieversorgung rund um die Uhr zu bezahlbaren Preisen.

Das muss 2023 umgesetzt werden:

Sichere Energieversorgung für unsere Wirtschaft. Die sichere Versorgung mit Energie ist grundlegende Bedingung für alle Lebensbereiche. Der Ausbau der Infrastruktur zur Pufferung, Speicherung und Transport von Strom und stofflichen Energieträgern muss mit der Transformation der Energiesysteme Schritt halten. Insbesondere die energieintensiven Unternehmen und die Gewerbe- und Industriegebiete brauchen eine sichere und preiswerte Energieversorgung als Standortfaktor. Thüringen muss in der Breite regionale Gemeinschafts- bzw. Quartierskonzepte für Gewerbe- und Industriegebiete fördern. Dabei müssen die energetische Eigenversorgung, die Sektorenkopplung und die Nutzung von Prozess- und Abwärme betrachtet werden.

Energiehilfen auszahlen. Bürger und Wirtschaft brauchen Hilfen, die ankommen. Für viele Bereiche wie Krankenhäuser, Stadtwerke oder Vereine fehlt es immer noch an Richtlinien. Die Landesregierung muss endlich die Möglichkeit schaffen, diese Hilfen in Anspruch zu nehmen. Und wenn wie bei den Unternehmenshilfen, bestehende Programme nicht oder kaum in Anspruch genommen werden, kann die Regierung das nicht einfach hinnehmen. Sie muss prüfen, ob Hilfsprogramme falsch aufgelegt sind und Nachbesserungen brauchen.

Energiepreisbremse ausweiten und sofort wirken lassen. Die Gas- und Strompreisbremse muss unverzüglich in Kraft treten, nicht erst wenn der Winter zu Ende ist. Zudem müssen die Preisbremsen ausgeweitet werden, denn Pellets und Heizöl für Betriebe wurden vollständig vergessen. Dauerhaft notwendig ist zudem die Einführung eines einheitlichen Industriestrompreises. Das Merit-Order-System muss so verändert werden, dass der Strompreis vom Gaspreis entkoppelt, Übergewinn eingegrenzt und dadurch der Strompreis nicht weiterhin künstlich in die Höhe getrieben wird.

Alle Energieträger nutzen – Energie-Blackouts verhindern. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen zu den tragenden Säulen der Energiepolitik werden. Statt ideologischer Debatten brauchen wir eine vernunftgeleitete Energiepolitik mit Realismus und Augenmaß. Dabei muss der Fokus auf grundlastfähigen Erzeugungskapazitäten und einer Ausweitung des Angebots liegen. Das heißt konkret:

- **Heimische Gasvorkommen prüfen.** Die Erschließung und Nutzung deutscher Gasvorkommen mit konventionellen Methoden im Einklang mit Menschen und Natur muss geprüft und ein Förderplan erarbeitet werden. Bei der Prüfung müssen die ökologische und ökonomische Sinnhaftigkeit sowie die Vermeidung neuer Importabhängigkeit betrachtet werden.
- **Kohleausstieg nicht vorziehen.** Ein Vorziehen des Kohleausstiegs gefährdet die Energiesicherheit im Osten. Es wäre fahrlässig, am Ausstiegsjahr 2038 zu rütteln. Der Transformationsprozess muss wie geplant durchgeführt werden. Dabei geht es auch um die Zukunft von Wirtschaft und Arbeitsplätzen im Osten.

- **Wasserstoffregion Mitteldeutschland voranbringen.** Langfristig liegt der Schlüssel bei erneuerbaren Energieträgern. Dabei ist Wasserstoff ein entscheidender Faktor auf dem Weg zu einem klimaschonenden Wirtschaftsstandort. Wir wollen, dass Thüringen schnellstmöglich mit dem Chemiedreieck Bitterfeld-Leuna verbunden wird, um gemeinsam in Mitteldeutschland eine größere Effizienz bei der Gas- und Wasserstofferzeugung zu erzielen.
- **Kernkraft weiter nutzen.** Die Kernenergie wird länger als bis April 2023 benötigt. Für die Verlängerung der Laufzeiten der verbliebenen deutschen Kernkraftwerke ist die Beschaffung neuer Brennstäbe erforderlich. Ein Ausstiegsdatum sollte nicht willkürlich festgelegt, sondern sich an der Lebensdauer der neuen Brennstäbe orientieren, aber nicht vor Ende 2025 liegen.

Strategische Gasreserve sichern. Durch ein Gasbevorratungsgesetz muss eine Verpflichtung zur vollständigen Befüllung der Gasspeicher über den Sommer eingeführt werden. Zusätzlich braucht es eine Verpflichtung das Gasspeicher in deutscher und wenn möglich in staatlicher Hand bleiben.

Neue Wege bei den Erneuerbaren gehen. Die CDU hat mit ihrem Energie-Plan für Thüringen bereits 2022 einen Gegenentwurf zum einseitigen Windkraftfokus der Landesregierung vorgelegt. Er enthält Vorschläge zur Etablierung von Energieautobahnen, zur Nutzung von Gewerbegebieten für die Energieerzeugung, zum Ausbau der Geothermie und zur Einführung eines Selbstversorgerbonus als Anreiz zur Nutzung von Synergieeffekten der Sektorenkopplung.

Thüringen baut um: Energieerzeugung und Energieeffizienz fördern. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugungskapazitäten müssen auch für Investitionen in Energieeinsparung und effizientere Energieverwendung Mittel zur Verfügung stehen. Dazu sollte ein Sonderkreditprogramm mit einem Volumen von 500 Mio. Euro aufgelegt werden, aus dem Haushalte und Unternehmen jeweils 100.000 Euro pro Bewohner bzw. Arbeitsplatz erhalten können. Das sorgt für Wertschöpfung und Beschäftigung bei Bauwirtschaft und Handwerk.

Anreize für Investitionen schaffen. Der Bund muss für Privathaushalte die Attraktivität von Energieinvestitionen in den eigenen vier Wänden steigern. Dazu sollte der Steuerbonus erhöht und die Anrechenbarkeit von Materialkosten bei Handwerkerleistungen zur energetischen Verbesserung eingeführt werden. Eine besondere Förderung in Form eines Klimabonus muss es für den Austausch der alten Heizung geben.

Klarer Kurs für gute Bildung

Eine gute Zukunft für unsere Kinder, der Wohlstand unseres Landes – beides hängt von der Qualität unseres Bildungssystems ab. Eingeschränkte Betreuungszeiten in den Kindergärten, Lehrermangel, Unterrichtsausfall, marode Schulen: Durch Planlosigkeit und Lethargie der Landesregierung droht ein nachhaltiger Verlust an Bildungsqualität. Der Ramelow-Regierung fehlt ein Zukunftskonzept für die Bildungspolitik. Schule macht man nicht gegen die Eltern und Lehrer, sondern mit ihnen. Bereits heute sind über 1.000 Lehrerstellen unbesetzt. In der Folge fällt massiv Unterricht aus. 2022 waren es über 20.000 Stunden pro Monat. Perspektivisch fehlen in den Schulen über 3.000 Lehrer und in den Kindergärten mindestens 1.300 Fachkräfte. Damit muss Schluss sein.

Das muss 2023 umgesetzt werden:

Schwerpunkt bei frühkindlicher Bildung auf Qualität legen. Hierzu bedarf es einer Anpassung des Betreuungsschlüssels. Um dies zu ermöglichen, müssen die Ausbildungskapazitäten erhöht und die Ausbildungszeiten reduziert werden. Insgesamt muss der Stellenwert der frühkindlichen Bildung gehoben werden. Dies muss sich auch in einer Investitionsoffensive in die Einrichtungen niederschlagen.

Lerndefizite und Qualitätsverluste durch Corona überwinden. Hierzu sollten flexiblere Lehrpläne zusätzliche Lernzeiten ermöglichen. Die Eigenverantwortung der Schulen muss gestärkt und die Priorität auf Lehren und Lernen gelegt werden. Zusätzlich sind Unterstützungsnetzwerke an den Schulen aufzubauen. Die Digitalisierung muss als methodische Bereicherung des Unterrichts und nicht als Notlösung für den Heimunterricht betrachtet werden.

Angriff auf Schulen im ländlichen Raum verhindern. Im geplanten rot-rot-grünen Schulgesetz ist eine verpflichtende Zweizügigkeit für Grundschulen vorgesehen. Das ist ein Angriff auf die Schulen im ländlichen Raum, den wir entschieden ablehnen. Thüringen braucht eine Grundschulgarantie. Dazu müssen Land und Schulträger gemeinsam Prioritäten für ein zukunftsfähiges Schulnetz festlegen, statt wie bisher über die Köpfe der Schulträger hinweg zu handeln. Auch braucht jede Schule endlich einen leistungsfähigen Breitbandanschluss und jeder Schüler Zugang zu digitalen Lernangeboten.

Bei Personalgewinnung Tempo machen. Der Mangel an Lehrern und Erziehern hat so dramatische Ausmaße angenommen, dass bisherige Strategien überhaupt nicht mehr greifen. Plakatkampagnen und Stellenanzeigen reichen nicht aus. Noch in diesem Jahr muss die Landesregierung beginnen, aktiv Fachkräfte anzuwerben und Anstrengungen unternehmen, um beim Einstellungstempo bundesweit eine Spitzenposition einzunehmen. Die Einstellung von Seiteneinsteigern muss entbürokratisiert und beschleunigt werden. Zusätzlich bedarf es geeigneter Maßnahmen um Seiteneinsteiger aktiv im Schuldienst zu unterstützen.

Klarer Kurs für flächendeckende Gesundheitsversorgung

Unser Gesundheits- und Pflegesystem steht vor dem Kollaps. Dringend notwendige Reformen dürfen nicht länger ausgesessen werden. Die demographische Entwicklung trifft das Gesundheitssystem doppelt. Der steigende Bedarf an Ärzten, Pflegekräften und Pharmazeuten kann bei gleichbleibenden Ausbildungsgrößen nicht gedeckt werden. Es drohen gravierende Verschlechterungen der Versorgung vor Ort – vor allem im ländlichen Raum.

Das muss 2023 umgesetzt werden:

Sicherstellungsoffensive für Thüringer Krankenhäuser auf dem Land. Die Landesregierung hat die Landeskrankenhausplanung bereits über Jahre verzögert. Das schafft massive Unsicherheit und verhindert wichtige Zukunftsinvestitionen vor allem für Krankenhäuser im ländlichen Raum. Die Landeskrankenhausplanung muss endlich Fahrt aufnehmen. Auch muss die Landesregierung dafür sorgen, dass die Mittel für den Ausgleich von Energiekosten der Krankenhäuser aus dem Sondervermögen endlich abfließen können. Auf Bundesebene müssen die sinnvollen Vorschläge der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung schnell umgesetzt werden. Dazu zählt vor allem die an eine Region gekoppelte Finanzierung zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung.

Hausarztgarantie für ganz Thüringen geben. Die Umsetzung der durch den Landtag beschlossenen Landarztquote wird seit über zwei Jahren verzögert. Die Landesregierung muss endlich das Gesetz vorlegen und ab dem Semester 2023/2024 entsprechende Studienplätze bereitstellen. Die Quote muss auch für Pharmazeuten und Zahnärzte umgesetzt werden. Im Rettungsdienst wollen wir zusätzlich den Telenotarzt einführen, um Rettungszeiten zu verkürzen und die Behandlungsqualität zu steigern.

Verfügbarkeit von Medikamenten garantieren. Versorgungsengepässe bei wichtigen Medizinprodukten, Medizintechnik und Arzneimitteln darf es in einem hochentwickelten Industrieland wie Deutschland nicht geben. Wichtige Arzneimittel und Medizinprodukte müssen deshalb zukünftig wieder in Europa produziert und entsprechende Notfallreserven vorgehalten werden. Gleichzeitig muss der Nachwuchsgewinnung bei Pharmazeuten durch die Landesregierung endlich Priorität eingeräumt werden, um auch in Zukunft eine Versorgung mit Apotheken und damit mit Arzneimitteln und Medizinprodukten in allen Landesteilen Thüringens sicherzustellen. Wichtigster Punkt dabei ist, mit dem schnellstmöglichen Neubau des pharmazeutischen Instituts in Jena auch eine Vergrößerung der Studienplatzzahl um mindestens 20 % zu erreichen.

Sonderfinanzierung Kinderkliniken. In diesem Winter sehen wir eine Kinder-Krankheitswelle mit überfüllten Kinderarztpraxen, einer Überbelegung von Kinderstationen und fehlenden Medikamenten

wie Fiebersenkern oder Schmerzmitteln. Wir fordern schnellstmöglich konkrete Maßnahmen wie eine Sonderfinanzierung von Kinderkliniken und Geburtsstationen, die Entbudgetierung der Kinderärzte und die Abschaffung von Gesundheitschreibungen für Schulen oder Kindergärten für genesene Kinder. Um diese Notsituation zu beenden, sollte die Bundesregierung umgehend zu einem Kinder-Gesundheits-Gipfel einladen.

Pflegende Angehörige entlasten. Die Familien tragen die Hauptlast in der Pflege. Darauf ruhen sich Bund und Land aus. Zu den notwendigen Entlastungen der Familien und pflegenden Angehörigen gehören der Ausbau der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie ein Masterplan für eine gute ambulante Pflege. Bund und Länder müssen Bemühungen der Arbeitgeber zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärker durch steuerliche Vorteile und Anreize fördern. Auf Bundesebene müssen durch die Einführung eines Pflegedeckels die finanzielle Überlastung der Pflegebedürftigen verhindert und die zu erbringenden Pflegekosten begrenzt werden.

Klarer Kurs für mehr Sicherheit und Ordnung

Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat werden immer wieder von unterschiedlicher Seite herausgefordert und angegriffen. Neben der aktuell sich gefährlich verschärfenden Bedrohung durch die extremistische Reichsbürgerszene muss auch der entschlossene Kampf gegen jegliche Form des Extremismus und Gewalt im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen. Unsere Feuerwehr, Polizei und Rettungskräfte waren in der Silvesternacht in Berlin und anderen Städten massiven Angriffen und roher Gewalt ausgesetzt. Diese Übergriffe sind unerträglich und empörend. Übergriffe auf Einsatz- und Rettungskräfte dürfen und werden wir niemals dulden. Unsere Sicherheitskräfte brauchen Schutz, politische Rückendeckung und einen starken Rechtsstaat statt linksgrünem Laissezfaire in der Sicherheits-, Justiz und Migrationspolitik.

Das muss 2023 umgesetzt werden:

Einsatzkräfte besser schützen und Randalierer bestrafen. Wir fordern die Landesregierung auf, den Weg für eine zügige Einführung von Bodycams in Thüringen freizumachen. Die Sicherheit unserer Polizisten darf nicht bis 2025 warten. Es kann nicht sein, dass Linke und Grüne die Einführung weiter torpedieren. Thüringen ist das einzige Land, das seinen Polizisten diesen Schutz verweigert. Auch Einsatzfahrzeuge sollten deshalb zukünftig mit Dashcams ausgestattet werden, um eine schnelle Identifizierung sowie gerichts feste Überführung von Straftätern zu garantieren. Zusätzlich fordern wir den Ausbau stationärer Videotechnik an besonders gefährlichen Orten und die Ausweisung von Waffenverbotszonen. Statt Diskussionen um ein Böllerverbot braucht es ein klares Signal der Unterstützung für unsere Einsatzkräfte und harte Strafen für diejenigen, die sie angreifen. Für Gewalt muss eine Null-Toleranzstrategie gelten: Strafen müssen auf dem Fuß folgen und die zur Verfügung stehenden Strafra-

men müssen ausgeschöpft werden. Das gilt für die Randalierer und Gewaltexzesse der Silvesternacht genauso wie für “Klimakleber”.

Sicherheit vor Ort. Der Kontaktbereichsdienst muss auch in Zukunft vor Ort sichergestellt werden. Dazu gehört auch, die Anzahl der Kontaktbereichsbeamten weiter zu erhöhen, um zukünftig für noch mehr Sicherheit in allen Teilen Thüringens zu sorgen. Daneben müssen übergreifende Aufgaben dort zusammengefasst werden, wo es die Effizienz steigert. Zudem braucht es eine verstärkte Kooperation mit den kommunalen Ordnungsbehörden.

Starker Verfassungsschutz für eine wehrhafte Demokratie. Wir fordern die Landesregierung auf, den Verfassungsschutz personell und technisch zu stärken und den Sonderweg eines weitgehenden Verzichts auf V-Leute zu beenden. Zudem braucht es eine gemeinsame Verbunddatei „Linksextremismus“ nach dem Vorbild der bestehenden Antiterror- und Rechtsextremismus-Datei. Gleiches gilt für die Reichsbürgerszene, die ebenfalls mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden muss.

Cybersicherheit garantieren. Das Internet darf kein Rückzugraum für Kriminalität sein. Deshalb wollen wir neben der passiven auch eine aktive Cyberabwehr aufbauen. Ein Baustein hierfür ist die Einführung von Cybercops zur digitalen Spurensuche. Zusätzlich braucht es bessere Regelungen, um die IT-Sicherheit bei Unternehmen und den Schutz der Bürger im Netz zu verbessern. Auch braucht es eine Erhöhung der Zahl der IT-Experten bei der Polizei sowie eine IT-Zulage.

Migration steuern und begrenzen. Anstatt Migration gezielt zu steuern und zu begrenzen, öffnet die Landesregierung Tür und Tor für illegale Migration und verschärft die gegenwärtige Lage durch zusätzliche Landesaufnahmeprogramme und neue Anreize. Thüringen muss abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben. Insbesondere bei Straftätern muss der Rechtsstaat schnell und entschlossen durchgreifen. Zuwanderung über das Asylverfahrensgesetz ist der falsche Weg. Wir wollen die notwendige qualifizierte Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt.

Klarer Kurs für wirksame Entlastungen

Die dramatischen Preissteigerungen bei Energie und die anhaltend hohe Inflation führen bei Bürgern und Wirtschaft zu finanziellen Notlagen und existentiellen Ängsten. Hiervon betroffen sind vor allem einkommensschwächere Haushalte, aber auch Menschen bis tief in die Mittelschicht hinein. Statt monatelanger Debatten über eine sinnlose Gasumlage oder Ampelstreit über immer neue Hilfspakete braucht es wirksame Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger.

Das muss 2023 umgesetzt werden:

Zusätzliche Entlastungen für geringe und mittlere Einkommen einführen. Zur Entlastung der Mittelschicht fordern wir für alle Einkommen unter 60.000 Euro die Einführung eines Sonderfreibetrags in Höhe mindestens 1.000 Euro zunächst für 2022 und 2023.

Automatischen Inflationsausgleich bei der Einkommensteuer regeln. Statt Inflationsgewinne der Finanzminister brauchen die Bürger mehr Netto vom Brutto. Deshalb fordern wir einen automatischen Inflationsausgleich durch eine gesetzliche Festschreibung des Ausgleichs der kalten Progression.

Pendlerpauschale zu echtem Wegegeld weiterentwickeln. Die Pendlerpauschale muss zu einem echten Wegegeld weiterentwickelt werden, dessen Wirkung einkommensneutral ist und von der tatsächlichen Belastung durch den Weg zur Arbeit abhängt. Anders als das geplante 49-Euro-Ticket ist dies eine Entlastung für alle Pendler, insbesondere im ländlich geprägten Thüringen.

Steuern für Grundnahrungsmittel auf null setzen. Die rasant steigenden Preise für Energie und Lebensmittel dürfen nicht dazu führen, dass sich die Menschen das Nötigste nicht mehr leisten können. Zur kurzfristigen Entlastung muss die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel auf null abgesenkt werden. Damit können insbesondere kleinere Einkommen entlastet werden.

Familien und Alleinerziehende entlasten. Zur Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden fordern wir die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten bis zu einer Höhe von 6.000 Euro sowie eine Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende auf 5.000 Euro.